

Es gilt das gesprochene Wort!

Gute Arbeit – Dobra praca

Fachforum 1 Stettin (Szczecin),
1. März 2007
Novotel Szczecin,
Al. 3 Maja 31, 70-215 Szczecin

Der Lissabon-Prozess und die Realität in der Grenzregion

Norbert Glante, Mitglied des Europäischen Parlaments:

Mehr Wachstum und Beschäftigung – die Ziele der Lissabonstrategie

Dzień dobry - guten Tag!

Anrede ...

... liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

der neu gewählte Stadtpräsident Piotr Krzystek hat Anfang dieses Jahres über die Zukunft der größten polnischen Stadt an der Grenze zu Deutschland gesagt – ich zitiere aus einer deutschen Zeitung (MAZ, 19.1.2007)

„Stettin soll eine Metropole werden, die verbindet, dabei soll die Grenze in wenigen Jahren keine Rolle mehr spielen“.

Diese durch und durch europäische Sicht begrüße ich als Bürger Ihres Nachbarlandes und als Mitglied des Europäischen Parlamentes. Deshalb ist es mir eine umso größere Freude, Gast in Ihrer schönen Stadt zu sein, und hier auf dieser Konferenz zu sprechen.

Ich weiß, dass wir mit einer gemeinsamen Perspektive in guter Nachbarschaft für unsere grenzüberschreitenden Regionen an einer guten Zukunft arbeiten.

Ich danke den Veranstaltern herzlich für die Gelegenheit, heute hier einen Beitrag zur Diskussion leisten zu können.

Der Beschluss von Lissabon

Im März 2000 formulierte der Europäische Rat in Lissabon das ehrgeizige Ziel, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen. Durch dauerhaftes Wirtschaftswachstum sollen mehr und bessere Arbeitsplätze und ein größerer sozialer Zusammenhalt (Kohäsion) geschaffen werden. Mit Rücksicht auf das Subsidiaritätsprinzip sollen sich die EU-Mitgliedstaaten freiwillig auf gemeinsame Ziele einigen.

Entscheidend ist bei diesem Vorgehen die Verknüpfung von wirtschafts-, sozial- und umweltfreundlichen Aspekten. Die Lissabonstrategie soll nicht einfach nur mehr Arbeitsplätze schaffen, sondern mehr und bessere Arbeitsplätze. Darüber hinaus soll es sowohl ein Wachstum geben, von dem alle in der Gesellschaft profitieren als auch eine Nachhaltigkeit unter ökologischen Gesichtspunkten.

Um die Herausforderungen, mit denen sich Europa Anfang des 21. Jahrhunderts konfrontiert sieht, erfolgreich zu bestehen, macht die Lissabon-Strategie eine Reihe klarer Zielvorgaben:

- ein angestrebtes Wirtschaftswachstum um jährlich 3%,
- Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Höhe von jährlich 3%,
des Bruttoinlandsproduktes bis spätestens 2010 sowie
- eine allgemeine Beschäftigungsrate von 60% für Frauen und 50% für
ältere Erwerbspersonen.

In diesem Jahr ist ein erfreuliches Wachstum der europäischen Wirtschaft zu verzeichnen. Die gute Konjunktorentwicklung zeigt, dass die europäische Wirtschaft anpassungsfähiger geworden ist.

Die bereits durchgeführten wirtschaftlichen Reformen haben sich gelohnt, denn im Jahr 2006 verzeichnete die europäische Wirtschaft das höchste Wachstum seit dem Jahr 2000.

Am deutlichsten korrigierte die EU-Kommission ihre Prognosen für Deutschland, Italien und Polen nach oben. Im vergangenen Jahr kam der Rekordbetrag von 14,7 Milliarden Dollar an ausländischen Investitionen nach Polen.

Für Polen, seit 2004 Mitglied der EU, sagt die Kommission nunmehr ein Wachstum von 6% voraus. Im Jahr 2005 betrug das Wachstum in Polen 3,5%, im Jahr 2006 5,8%.

Dieser Boom ist den steigenden Investitionen aus dem Ausland, den Exporterfolgen und den EU-Hilfen zu verdanken.

Auch für Deutschland zahlt sich die Europäische Union aus, wenngleich manchmal das Klagen über unsere Nettozahlungen einen anderen Eindruck vermittelt.

2006 gingen 82% aller deutschen Exporte für rund 600 Milliarden Euro in Länder der Gemeinschaft.

Zwischen 2000 und 2005 stiegen die Exporte um fast 30%, die Exporte in die neuen EU-Staaten im Osten Deutschlands stiegen seit der Erweiterung 2004 um stolze 34%.

Von den weltweit getätigten Direktinvestitionen 2003/2004 gingen nur 12% in die USA und 13% nach China. Europa erhielt einen Anteil von 43%, davon wiederum gingen 35% nach Deutschland.

Ohne die EU wäre dies nicht möglich gewesen.

Die gemeinsame europäische Währung erleichtert und beschleunigt die wirtschaftlichen Prozesse auf dem Weg in einen vollendeten Binnenmarkt.

13 Mitgliedstaaten haben den Euro eingeführt. Darunter ist seit Jahresbeginn auch Slowenien als einziger der zehn 2004 der EU beigetretenen Staaten. Malta und Zypern wollen dies 2008 ebenfalls erreichen.

Polen strebt die Einführung des Euro spätestens für das Jahr 2013 an.

Nicht außer Acht zu lassen sind Investitionen in wichtige Bereiche wie Forschung und Bildung und nachhaltige und umweltfreundliche Energieversorgung.

Das ist eine entscheidende Grundlage, um den aktuellen konjunkturellen Aufschwung in eine strukturelle Verbesserung bei Wachstum und Beschäftigung zu überführen.

Überarbeitung der "Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung"

In den nächsten 12 Monaten steht eine Überarbeitung der **"Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung"** der Europäischen Union an.

Sie werden die Grundzüge der europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für den Zeitraum 2008 - 2011 bestimmen. Die jetzige günstige wirtschaftliche Situation bietet die Chance, mit einem koordinierten Investitionsverhalten den Durchbruch zu einem lang anhaltenden Aufschwung zu erreichen.

Vor allem die Binnennachfrage kann das Wachstum bei Wirtschaft und Arbeitsplätzen verstetigen. Um das zu erreichen, muss vorher den Menschen die Angst vor der Zukunft genommen werden.

So lange Arbeitnehmer Angst um ihren Arbeitsplatz oder gar um ihre soziale Existenz haben, werden sie nicht ihr Ersparnis ausgeben, sondern zurückhaltend und vorsichtig sein.

Solange Unternehmer und Investoren unsicher über ihre finanzielle Zukunft sind, werden sie nicht ihr Vermögen einsetzen oder sich verschulden um zu investieren.

Folglich werden sie nicht wirklich innovativ und damit produktiv sein.

In dieser Hinsicht unterscheiden sich Arbeitnehmer und Unternehmer nicht wesentlich.

Die Rahmenbedingungen müssen stimmen, damit sich der Erfolg einstellt.

Strukturreformen bringen Europa voran

Strukturelle Reformen - die zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes nötig sind - brauchen sie stützende Wachstumsimpulse, damit mehr Arbeitsplätze entstehen.

Dies muss mit fiskalischen Strategien begleitet werden. In einer Wirtschafts- und Währungsunion geht dies besser gemeinsam mit anderen.

Um die Angebotsseite im Sinne der Lissabon-Strategie zu stärken und Synergieeffekte zu erzeugen, sind Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung, Kinderbetreuung, soziale Dienstleistungen, lebenslanges Lernen sowie in die europäische Infrastruktur dringend erforderlich.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bringt dies die Mitgliedstaaten aber schnell an die Drei-Prozent-Defizitgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Vollendung des Binnenmarktes

Der Erfolg der Lissabonstrategie hängt entscheidend von der Schaffung eines Umfeldes ab, in dem europäische Unternehmen florieren können. Vor allem die Unternehmen brauchen dabei effektive Regelungen. In der EU ist der größte Schritt die Vollendung des Binnenmarktes.

Aus drei Gründen ist der vollendete Binnenmarkt unverzichtbar:

- Beseitigung von Hemmnissen zur Entfaltung der Unternehmeraktivitäten,
- Erhöhung der Auswahl für die Verbraucher,
- Schaffung eines großen Binnenmarktes für Europas Produzenten.

Ein Binnenmarkt für Finanzdienstleistung kann zum Beispiel durch Verbesserung des Zugangs zu Kapital in einigen Mitgliedstaaten ein wesentliches Hemmnis für die Entfaltung des Unternehmerengagements ausräumen.

Bessere Auswahlmöglichkeiten bringen auch den Bürgern Europas große Vorteile.

Das Fortbestehen nationaler Unterschiede im Gesellschaftsrecht, in der Rechnungsführung und in der Unternehmensbesteuerung stellt ein weiteres großes Hemmnis für europäische Unternehmen dar.

Hier gibt es noch erheblichen Spielraum für die Erweiterung des Bereiches der gemeinsamen Regeln.

Auch die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als das eigentliche Rückgrat der europäischen Wirtschaft müssen verstärkt in den Brennpunkt der Lissabon-Strategie gerückt werden. Vor allem das administrative, rechtliche und finanzielle Umfeld für KMU bedarf dabei einer erheblichen Vereinfachung und Verbesserung.

Mehr Investoren für Europa

Viele Gründe sprechen somit dafür, dass sich in Zukunft weiter Investoren für Europa entscheiden werden.

Hier finden sie hoch qualifizierte Arbeitskräfte, dynamische Universitäten und Forschungszentren, ein erstklassiges Kommunikationsnetz, eine effiziente öffentliche Verwaltung, sozialen Frieden und eine hohe Lebensqualität.

Diese Merkmale machen den europäischen Wettbewerbsvorteil aus.

Eine Analyse des Ist-Zustandes zeigt jedoch, dass die EU ihr Potential bei Weitem noch nicht ausschöpft.

Die Kohäsionspolitik 2007 bis 2013

Die Kohäsionspolitik kann entscheidend dazu beitragen, die Regionen zu Motoren der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung zu machen.

Die Kommission arbeitet eng mit den einzelstaatlichen Behörden zusammen, damit deren Arbeiten zur Vorbereitung der neuen Kohäsionspolitik 2007 bis 2013

a) rechtzeitig für das Anlaufen der neuen Programme 2007 abgeschlossen sind und

b) tatsächlich der Erneuerung dienen.

(Danuta Hübner auf der 4. Konferenz des polnischen Lissabon-Strategieforums in Warschau im Oktober 2006) ***"Wir müssen in Europa nicht die Wahl zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion treffen. Die Reform der Kohäsionspolitik hat dafür gesorgt, dass sie entscheidend zur Wiederbelebung der Wettbewerbsfähigkeit Europas beitragen wird."***

Am Beispiel Brandenburgs möchte ich die Entwicklung grenzüberschreitender Kooperation und wirtschaftlicher Entwicklung skizzieren. In der Vergangenheit hat es sehr erfolgreiche Twinning-Projekte in Polen mit engagierter Unterstützung durch die Brandenburgische Landesregierung gegeben.

Brandenburg hat damit einen Betrag geleistet, um unsere polnischen Nachbarn auf die EU und auch auf die neue EU-Förderperiode 2007-2013 vorzubereiten.

In der neuen Förderperiode 2007-2013 stehen für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt 14,3 Mrd. Euro zur Verfügung.

Brandenburg erhält davon 2,1 Mrd. Euro, in der vergangenen Förderperiode waren es noch 3,1 Mrd. Euro.

(Ohne falsche Bescheidenheit möchte ich sagen, dass sich im Rückgang der Mittel für Brandenburg in gewisser Weise auch unsere Solidarität mit Polen ausdrückt. Für die anderen Bundesländer gilt dies natürlich auch.)

Polen erhält aus den EU-Struktur- und Kohäsionsfonds in den Jahren 2007-2013 voraussichtlich 60 Mrd. Euro.

Das Geld aus Brüssel wird von Polen zunehmend genutzt:

Bereits 5,5 Milliarden Złoty (1,4 Mrd. €) EU-Fördermittel haben polnische Selbstverwaltungen, Unternehmen und andere Organisationen seit dem EU-Beitritt im Mai 2004 erhalten.

Schleppende Nutzung der Gelder in der zentralen Verwaltung:

Den größten Vorteil aus der EU-Förderung ziehen Unternehmen, Selbstverwaltungen und andere nichtstaatliche Organisationen. Weniger günstig sieht es jedoch in der staatlichen Verwaltung aus.

In die Bereiche des Transportministeriums ist z. B. bisher für Maßnahmen der Instandsetzung von Straßen und Bahnstrecken erst weniger als ein Prozent der von Brüssel dafür zur Verfügung gestellten 1,1 Mrd. Euro geflossen.

Mehr als 90 Mio. Euro, die für IT-Maßnahmen wie elektronische Steuererklärung und ein neues Personen-Identifikationssystem vorgesehen sind, warten ungenutzt aufgrund von Verzögerungen im Finanz- bzw. Innenministerium.

Die Europäische Kommission und das Ministerium für Regionalentwicklung warnen vor einem Verlust von Millionen und Abermillionen von Fördergeldern, wenn die genannten Projekte des Straßen- und Eisenbahnbaus sowie der Informationstechnologie nicht termingerecht in Angriff genommen werden.

Auch **Premier Kaczyński** stellte jüngst eine „**schwarze Liste**“ von Institutionen vor, die zeige, wer das Management der EU-Fördermittel ungenügend beherrsche.

Insgesamt stehen für Polen bis zum Jahr 2013 rund 85 Milliarden Euro aus Brüssel bereit. Um diese Fördermittel in konkrete Projekte umsetzen zu können, werden tausende Experten gesucht.

Allein für die Verwaltung der Wojewodschaft Lebus Land, die mit 700 Millionen Euro rechnet, werden 100 neue Mitarbeiter gesucht, berichtet die „Gazeta Wyborcza“. Es mangle aber an Fachleuten, die auch über Erfahrungen aus der Wirtschaft verfügen.

Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit

Gute wirtschaftliche Beziehungen zwischen unseren Ländern liegen im unmittelbaren Interesse der Bevölkerung. Und hier gibt es allen Grund für Optimismus.

Der Anteil des Außenhandels Polens mit Deutschland im Jahre 2004 betrug 28,9%.

Der Außenhandel Brandenburgs hat sich nach der EU-Osterweiterung außerordentlich gut entwickelt:

Im ersten Jahr nach dem Beitritt sind die Kontakte von Brandenburger Firmen nach Polen um 10% gewachsen.

Der Außenhandel von Brandenburg nach Polen ist 2004 überproportional um 22,7% gewachsen. EU-Länder insgesamt 8,2%.

Polen liegt jetzt zusammen mit den USA an erster Stelle der Exportländer.

Jeder zehnte Euro, den Brandenburger Firmen heute im Ausland verdienen, stammt aus dem Nachbarland Polen, das ist rund viermal so viel wie im deutschen Durchschnitt.

Die Wirtschaftsverflechtungen werden weiter wachsen. Allein im Bereich der EU-Umweltrichtlinien besteht für Polen ein Investitionsbedarf von fast 50 Mrd. Euro.

Die Einfuhr aus Polen ist um 15% gewachsen, in die anderen EU-Länder hat Polen um 10,5% mehr investiert.

Bei der Einfuhr nach Brandenburg liegt der Anteil Polens mit 11% an zweiter Stelle, nach Russland mit 38,2%, aber weit vor dem drittplatzierten Frankreich mit 5,8%

Auch Polen profitiert von den guten wirtschaftlichen Beziehungen. Ein Beispiel aus der Grenzregion: Die Ansiedlungen von polnischen Firmen im IHK-Bezirk Frankfurt (Oder) haben sich von 48 im Jahre 2004 auf 94 im Jahre 2005 nahezu verdoppelt.

Die Bundesländer Brandenburg und Sachsen sowie die angrenzenden polnischen Wojewodschaften Lubuskie, Wielkopolskie und Dolnoslaskie und die tschechischen Bezirke Liberec, Usti und Karlovy Vary entwickeln im Rahmen eines INTERREG-Projektes „Drei-Länder-Innovationsoffensive“ einen gemeinsamen Wirtschaftsraum.

In Polen gibt es zurzeit 13 Wirtschaftssonderzonen in strukturschwachen Regionen. Eine davon ist die Sonderwirtschaftszone Küstrin-Slubice, deren Ableger auch bis in die Region Stettin nach Police und Goleniow reichen.

Die Sonderwirtschaftszone Küstrin-Slubice zieht neue, aber auch bestehende Firmen mit erheblichen Steuervorteilen an. Tausende von Arbeitsplätzen sind so entstanden und werden auch in Zukunft hier entstehen.

Die Steuervorteile sollen noch bis zum Jahr 2017 gewährt werden.

Die neuen Konkurrenten in Rumänien und in Bulgarien werden aber nicht lange auf sich warten lassen.

Dienstleistungsrichtlinie beschlossen

Wie Sie alle wissen, wurde Ende letzten Jahres die so umstrittene Dienstleistungsrichtlinie beschlossen.

Der Ursprungsentwurf beinhaltete sowohl die vollständige Öffnung des Dienstleistungsmarktes über Ländergrenzen hinweg als auch das Herkunftslandsprinzip (wonach Unternehmen in der ganzen EU nach den Regeln ihres Heimatlandes Aufträge erledigen können sollten).

Dieser Ursprungsentwurf musste einem Kompromissvorschlag weichen, der besagt, dass stattdessen das Sozial- oder Umweltrecht des Landes gelten soll, in dem der Auftrag erledigt wird.

Durch die Annahme dieser so überarbeiteten Dienstleistungsrichtlinie, erhoffen wir uns eine erhebliche Verbesserung zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa.

In Zukunft werden Lohn- und Sozialdumping verhindert und die wichtigsten Rechtsbelange der Arbeitnehmer geschützt.

Das beinhaltet neben Höchstarbeitszeit- und Mindestruhezeiten auch bezahlten Jahresurlaub, Gesundheitsschutz sowie Sicherheit und Hygiene am Arbeitsplatz.

Außerdem haben die Unternehmen durch den Abbau bürokratischer Hürden und protektionistischer Maßnahmen in den Mitgliedstaaten, vereinfachten Marktzugang, die Schaffung einheitlicher Ansprechpartner und eine Verbesserung der europäischen Verwaltungszusammenarbeit die Möglichkeit, ihre Dienstleistungen wesentlich problemloser als bisher europaweit anzubieten.

Wer hat Angst vor dem polnischen Klempter?

Während des EU-Verfassungsreferendums in Frankreich malten EU-Skeptiker »den polnischen Klempter«, der französische Arbeitsplätze bedrohe, als das den sozialen Frieden bedrohende Schreckgespenst schlechthin an die Wand. Aus der historischen Chance der Erweiterung der EU wurde mit Hilfe populistischer Parolen eine gefährliche Bedrohung.

Wunderbar leicht und wohltuend ironisch reagierten dagegen die polnischen Touristikbehörden auf die antipolnische Anmache: Ein attraktiver, kräftiger junger Klempter mit Grübchenlächeln versicherte den verängstigten Franzosen, in Polen bleiben zu wollen und lud sie stattdessen massenhaft ein, sein Land kennen zu lernen.

Die öffentliche Reaktion war enorm. Viele Französinen waren begeistert von Piotr Adamski, der als männliches Model für die bislang erfolgreichste Werbeaktion des polnischen Tourismus posierte. Für das Image Polens war dieser „Gegenschlag“ ein überwältigender Erfolg.

Die „Gazeta Wyborcza“ berichtete, dass die Zahl der Franzosen, die im Gefolge der Kampagne nach Informationen über einen Urlaub in Polen fragten, um 40 Prozent gestiegen sei, die Zahl der Besucher auf der Internetseite des Büros hatte sich sogar verzehnfacht.

Nehmen wir dies als ein Beispiel gelungener grenzüberschreitender europäischer Kommunikation.

Was in Frankreich zu politischen Protesten mit weitreichenden Folgen führte, ließ die eher europaskeptischen Menschen im Vereinigten Königreich kalt.

Im Gegenteil, ausgerechnet ein Brite (!), der Botschafter Großbritanniens in Berlin Sir Peter Torry, erklärte den auch in Deutschland verunsicherten Arbeitnehmern und Europaskeptikern ein ums andere Mal, dass derselbe polnische Klempner, der in Frankreich für anti-europäische Reaktionen sorgte, in London höchst willkommen sei, damit endlich wieder zu angemessenen Preisen Leitungen instand gesetzt, Rohre verlegt und tropfende Wasserhähne repariert werden könnten.

Die Preise für diese Dienstleistungen seien für die Bürger nämlich in unbezahlbare Höhen gestiegen.

Ein Vorgang – zwei grundverschiedene Reaktionen!

Die Europäische Union ist noch weit davon entfernt, ein einheitlicher Wirtschafts- und Sozialraum zu sein.

Wenngleich das Ziel eines gemeinsamen Marktes mit der Verbesserung und Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen seit dem Vertrag von Amsterdam, als die EU erstmals sozialpolitische Kompetenzen bekam, zu den Zielen eines europäischen Sozialmodells gehört.

Hierbei reichen die unterschiedlichen politischen Vorstellungen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union von marktradikalen Überzeugungen, die den Staat am liebsten wieder auf seine im 19. Jahrhundert eingenommene Nachwächterrolle reduzieren wollen und für die sozialer Ausgleich ein Fremdwort ist,

bis hin zu Sozialstaatsmodellen wie dem schwedischen, das sich über hohe Steuern und Abgaben finanziert und dem Allgemeinwohl verpflichtet weiß.

Wer also das europäische Sozialmodell retten will, muss sagen, welches er meint.

In Europa gibt es viele verschiedene. Welche Elemente der unterschiedlichen Sozialsysteme in Zukunft dominieren, wird nicht zuletzt von den politischen Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaaten abhängen.

EU-Parlament für ein Europäisches Sozialmodell

Am 6. September 2006 hat sich eine große Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (507:113:42) für ein zukunftsfähiges Europäisches Sozialmodell ausgesprochen

Diese gemeinsame Werteordnung beruht auf der Wahrung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, auf Gleichheit, Solidarität, Freiheit und Demokratie und der Achtung der Menschenrechte.

Diese Werte, die mit dem europäischen Sozialmodell verbunden werden, sowie die Rechte und Pflichten des Einzelnen, Nichtdiskriminierung und Umverteilung mit Zugang für alle Bürger zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen und der Erhalt der hohen, bereits erzielten Sozialnormen sollen bewahrt und gestärkt werden.

Die Mehrheit der Abgeordneten ist davon überzeugt, dass die Wirtschafts- und Sozialsysteme dringend reformiert werden müssen, um dieses Ziel erreichen zu können.

Nur dann können die Mitgliedsländer der Europäischen Union die Herausforderungen des demografischen Wandels, der Globalisierung und der Entwicklung im Bereich der Informationstechnologien erfolgreich bestehen.

Auch wenn Beschäftigungs- und Sozialpolitik weitgehend in nationaler Zuständigkeit liegen, muss die EU einen stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Rahmen schaffen, der es den Mitgliedstaaten erlaubt, die notwendigen Reformen auf nationaler Ebene effektiv vorzunehmen.

Das Parlament forderte die Kommission und den Rat auf, Vorschläge zu entwickeln, die zu einer besseren Ausgewogenheit von wirtschaftlicher Koordination auf der eine Seite und Beschäftigungs- und Sozialpolitik auf der anderen beitragen.

Darüber hinaus soll die unterschiedliche Steuerpolitik der Mitgliedstaaten besser koordiniert werden, um einen letztlich schädlichen Steuerwettbewerb zu vermeiden, eine dauerhafte Finanzierung des sozialen Schutzes zu gewährleisten und die Steuerpolitik beschäftigungsfreundlicher zu gestalten.

Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die die Politik der Europäischen Union tragen müssen. Und eines steht ganz sicher fest: Das soziale Europa muss Bestandteil der Europäischen Integration sein, damit die Menschen in Europa Vertrauen in die Europäische Union haben können. Nur dann hat Europa eine gute Zukunft.

Deutsche Sicht der Dienstleistungsfreiheit und der eingeschränkten

Arbeitnehmerfreizügigkeit:

Auf deutscher Seite werden als Vorteile der EU-Osterweiterung die Dynamik auf den Exportmärkten, die für Deutschland positiv ausfallende Bilanz im Handel mit Polen und die Impulse für deutsche Unternehmen in den neuen EU-Staaten gesehen.

Von der EU-Erweiterung haben vor allem technologisch fortgeschrittene und kapitalintensive Branchen profitiert.

Andere Wirtschaftsbereiche, die sich durch hohe Arbeitskostenanteile und unterdurchschnittliche Qualifikationen auszeichnen, sind allerdings unter Anpassungsdruck auf dem Heimatmarkt geraten.

Insbesondere die Unternehmen, die sich nicht rechtzeitig auf die Erweiterung eingestellt hatten.

Aus deutscher Perspektive sind die politischen Übergangsmaßnahmen - die max. 7 jährige Übergangszeit - ausreichend und angemessen.

Eine über das 2+3+2-Modell hinausgehende generelle Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit wäre eine Zumutung für die Beitrittskandidaten gewesen.

Auch die Liste der Einschränkungen ist angemessen. Sie umfasst zum einen eine beachtliche Anzahl an Gewerken, entspricht zum zweiten den Vorschlägen der Sozialpartner und enthält zum dritten alle zum Zeitpunkt der Erstellung der Liste als sensibel eingestufte Branchen.

Polnische Sicht der Dienstleistungsfreiheit und der eingeschränkten

Arbeitnehmerfreizügigkeit:

Aus polnischer Perspektive haben sich die vor dem 1. Mai 2004 befürchteten negativen Szenarien nicht erfüllt. Die Situation auf den Arbeits- und

Dienstleistungsmärkten in Polen und Deutschland wird als Beweis angeführt.

Es wird auf das ausgebliebene Phänomen des Sozialtourismus und die geringe Höhe der Arbeitnehmermigration hingewiesen.

In Deutschland arbeiteten sogar weniger polnische Arbeitskräfte als deutsche in Polen, ausgenommen die Saisonarbeiter (Untersuchung der deutschen Botschaft in Polen).

Die meisten polnischen Arbeitskräfte sind darüber hinaus in den alten Bundesländern, nur wenige in den neuen tätig, wenngleich die Befürchtungen hier besonders groß waren.

Problem Arbeitsmarkt und Arbeitsmigration:

Die Arbeitslosenquote in Polen ist seit 2004 deutlich gesunken.

So hatte die Quote Ende 2003 bei 20%, Ende 2004 bei 19% und Ende 2005 bei 17,6% gelegen. 2006 lag die Juni-Arbeitslosenquote bei 16,0%.

Es gibt aber auch Schattenseiten: Mehr und mehr in der Regel gut qualifizierte junge Leute wandern aus Polen aus und suchen Arbeit in den westlichen Ländern der EU.

Es stehen immer weniger Fachleute in den Heimatregionen zur Verfügung.

Mit den gleichen Problemen haben wir im Osten Deutschlands auch zu kämpfen.

Die Jugend geht weg, und uns fehlen zunehmend bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit die Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen.

Die EU-15-Staaten – mit Ausnahme Großbritanniens, Irlands und Schwedens – hatten sich dazu entschieden, ihre Türen für Arbeitnehmer aus acht der zehn neuen EU-Mitgliedsländern, welche 2004 der EU beitraten, geschlossen zu halten (gilt nicht für Zypern und Malta).

Das so genannte „2+3+2“-System ermöglichte es den alten Mitgliedstaaten, in der Übergangszeit den Arbeitsmarkt zu stabilisieren.

Großbritannien, Irland und Schweden hatten ihre Arbeitsmärkte für Arbeitnehmer aus MOE bereits nach deren Beitritt im Mai 2004 geöffnet.

Finnland, Spanien, Portugal, Griechenland und jetzt auch Italien haben die Übergangsregelungen nach der ersten Zweijahresfrist am 1. Mai 2006 aufgehoben, wohingegen Frankreich beschlossen hat, diese in einer über mehrere Jahre verlaufenden Übergangsphase auslaufen zu lassen.

Alle übrigen EU-Länder müssen spätestens am 1. Mai 2011 ihre Arbeitsmärkte öffnen, wenn die maximale Übergangsphase bezüglich der Freizügigkeit für Arbeitnehmer ausläuft.

Die britische Zeitung **The Times** meldete zum Thema Arbeitsmigranten am 22. August 2006:

„Großbritannien hat seit 2004 aus den EU- Beitrittsländern Osteuropas 427.000 Arbeitssuchende (davon 240.000 Polen) aufgenommen.

Geschätzt wurden offiziell ursprünglich 5.000 bis 13.000 Zuwanderer aus Osteuropa.“

Selbständige aus den Berufsgruppen Elektriker, Klempner und aus dem Baugewerbe wurden bei den 427.000 Arbeitsmigranten noch gar nicht mitgezählt.

Neuere Schätzungen gehen davon aus, dass insgesamt weit über eine Million Polen ihre Heimat auf der Suche nach Arbeit in einem anderen EU-Mitgliedstaat verlassen haben, bevorzugte Ziele sind Großbritannien und die Republik Irland.

Zwei Drittel der Briten beklagen in neueren Umfragen, dass bereits zu viele Ausländer im Lande seien. Dreiviertel fordern eine Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen.

Die „Stuttgarter Zeitung“ vom 27. Februar 2007 schreibt:

„In keinem anderen Land sei damit die Sorge über den scheinbar unaufhörlichen Zustrom von Zuwanderern aus der übrigen EU so ausgeprägt wie in Großbritannien, belegen die Forscher des Harris Instituts.

Allerdings habe die Regierung in London diesen Trend inzwischen erkannt und die Einwanderung für die seit dem 1. Januar 2007 in die EU aufgenommenen Bulgaren und Rumänien erschwert. Diese müssten künftig ein Minimum an beruflichen Qualifikationen mitbringen oder mit der nachweisbaren Absicht kommen, ein Unternehmen gründen zu wollen.

Die Idylle vom polnischen Klempner, der mit seinen Stundensätzen den Stars der teuren heimischen Klempnergilde das Leben schwer machte, des Bauarbeiters, der alles für die Hälfte macht, hat damit zumindest einen Kratzer erhalten.“

Für Englands Unternehmen sind die neuen EU-Bürger dagegen kaum mehr wegzudenken.

Unbestritten bleibt, dass diese Zuwanderung für ökonomisches Wachstum und zusätzliche Steuereinnahmen gesorgt hat und die Einwanderung in den Zielländern ein wirtschaftlicher Erfolg ist.

Wie sieht es aus in Deutschland?

Obwohl hier der Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus den 10 EU-Beitrittsstaaten noch nicht liberalisiert wurde, hat im Jahr 2005 mit 322.000 an Polen erteilten Arbeitsgenehmigungen die Bundesrepublik das größte Kontingent polnischer Arbeitsemigranten.

Ca. 90% der ins EU-Ausland vermittelten polnischen Arbeitskräfte kommen nach Deutschland. Zum größten Teil sind dies jedoch Saisonarbeiter. In der ersten Hälfte des Jahres 2005 betrug ihr Anteil 91,6%.

Stichwort Mindestlohn:

Luxemburg hat das höchste Pro-Kopf-Einkommen in der EU und mit 1.503 Euro den höchsten Mindestlohn und zugleich den größten Anteil der Arbeitnehmer, die Mindestlohn erhalten, nämlich 18%.

Zum Vergleich:

	Mindestlohn	Arbeitnehmeranteil
Luxemburg	1.503 Euro,	18,0% (aller Arbeitnehmer erhalten den Mindestlohn)
Polen:	234 Euro,	4,5%
Großbritannien:	1.269 Euro,	1,4%

Keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt es in:

Österreich, Zypern, Dänemark, Finnland, Deutschland, Italien und Schweden.

Bewegung auf dem polnischen Arbeitsmarkt:

Die Warschauer Regierung ist nicht an der Emigration polnischer Arbeitskräfte interessiert, da die polnische Wirtschaft angesichts eines Wirtschaftswachstums von über 5% ihre qualifizierten Arbeitskräfte selbst braucht.

Polnischen Firmen fehlen inzwischen Fachkräfte, so dass sie Aufträge nicht ausführen können.

Eine Folge dieser Entwicklung ist: Die Löhne in Polen steigen, um Arbeitskräfte zu binden. Seit dem Beitritt sind die Löhne in Polen jährlich zwischen 4 und 6% gewachsen.

Im Juli 2006 betrug der Durchschnittsbruttolohn 672 Euro.

Die Regierung in Warschau holt ihrerseits jetzt vor allem billigere ukrainische Arbeitskräfte ins Land.

Viele im Ausland arbeitende Polen haben sich bei den Heimatbehörden abgemeldet, um zu vermeiden, dass ihr bereits z.B. in Großbritannien versteuertes Einkommen auch in Polen, wo zudem höhere Steuersätze gelten, steuerpflichtig ist.

Um die Auswanderung einzudämmen, hat die polnische Regierung jetzt die Doppelbesteuerung aufgehoben.

Die meisten Polen sind über die Tatsache verärgert, dass ein Teil der Bevölkerung ihr Land verlässt, um im Ausland zu arbeiten.

Andererseits sehen sie ein, dass junge Menschen die Möglichkeiten, eine gut bezahlte Arbeit zu finden, nutzen wollen.

Die größte Sorge der breiten Öffentlichkeit ist, dass Migration die Einheit der Familie zerstören könnte, sobald eine Person der Familie Polen verlässt, um in einem anderen Land zu arbeiten und der Rest in Polen bleibt.

Es gibt ganze Städte und Dörfer, in denen die Kinder überwiegend von den Großeltern aufgezogen werden, weil die Mutter dem Vater oft ins Ausland folgt, wobei die Kinder zu Hause bleiben.

Auch Deutsche wandern aus.

Es gibt mit zunehmender Tendenz auch deutsche Arbeitsemigranten.

In Österreich arbeiten beispielsweise mittlerweile über 40.000 Deutsche - überwiegend aus Ostdeutschland – sie sind in Österreich vorwiegend im Bereich Gastronomie beschäftigt.

Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt am Dienstag dieser Woche: **„Osteuropa ist abgesehen von Lateinamerika die einzige Weltregion, in der nach 1990 mehr Emigration als Immigration beobachtet wurde, vor allem unter den Gebildeten.“**
(FR, 27.2.2007)

Fakt ist, dass die Probleme nicht von heute auf morgen zu lösen sind. Die ab 2010 rechtlich wirksame Dienstleistungsrichtlinie wird gemeinsam mit der Lissabon-Strategie in Zukunft zur Schaffung von mindestens 600.000 europaweiten Arbeitsplätzen führen.

Die Wirtschaft in Europa wird sich mit den Jahren verändern und neue Voraussetzungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer schaffen.

Fazit: Insgesamt ist die Erweiterung von 2004 – bei allen institutionellen Schwierigkeiten (nicht abgeschlossener Verfassungsprozess!) – für alle Beteiligten ein wirtschaftlicher und politischer Erfolg.

Ein Indiz dafür ist die Tatsache, dass ganze Bevölkerungsgruppen in Polen ihre Meinung über die Europäische Union geändert haben.

Die vor dem Beitritt sehr europaskeptischen polnischen Bauern sind nunmehr ein gutes Beispiel dafür, wie integrierend wirtschaftlich vorteilhafte Entwicklungen in Europa wirken.

Neben den wirtschaftlichen Erfolgen verlaufen zunehmend auch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt positiv. Die EU wird mit der wohl einstweilen letzten Erweiterungsrunde mit den Beitritten Bulgariens und Rumäniens Anfang dieses Jahres diese positiven Entwicklungen fortsetzen können.

Der Fortgang des Zusammenwachsens in Europa ist allerdings ein Prozess mit durchaus offenem Ergebnis.

Die Zukunft wird zeigen, ob es eine sich weiter auch politisch integrierende EU gibt oder ob Europa ökonomisch ein Riese und politisch weiterhin ein Zwerg sein will, das heißt, sich in einzelstaatliche Interessen aufsplittet und als EU tendenziell nach außen handlungsunfähig bleibt. Wir sollten nicht unterschätzen, dass auch die wirtschaftliche Weiterentwicklung durch eine stockende Integration nicht befördert wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Lissabon-Strategie ist ein fortlaufender Prozess, von dem nicht zu erwarten ist, dass er quasi über Nacht zu den gewünschten Ergebnissen führt.

Wir brauchen Konsequenz und Entschlossenheit bei den notwendigen Maßnahmen, die Bereitschaft zur Korrektur und für alles einen ausreichend langen Atem. Nur dann werden wir die hochgesteckten Ziele erreichen.

Auch zukünftig wird die weitere enge Zusammenarbeit von nationalen Parlamenten und Europäischem Parlament unverzichtbar sein.

Das EU-Wirtschaftswachstum von 2,7% im Jahr 2006 - dem höchsten Stand seit dem Jahre 2000 – belegt diese Notwendigkeit.

Rücksichtnahme, Offenheit, Verständigung, Versöhnung, Partnerschaft sollten uns in eine bessere Zukunft geleiten. Dafür gibt uns Europa einen guten Rahmen.

Vertrauensvolle Beziehungen zwischen Deutschen und Polen sind für mich ein überragender Wert und eine erstrangige politische Aufgabe.

Ob es um Bildung und Wissenschaft, Wachstum und Wirtschaft geht, überall gibt es Anknüpfungspunkte, um den Grenzraum durch gegenseitige Hilfe und gemeinsame Projekte besser zu entwickeln.

Am Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch einmal auf eine Forderung des Stettiner Stadtpräsidenten zurückkommen.

Herr Krzystek hatte Anfang des Jahres den Wunsch geäußert, die Bahnfahrzeit zwischen Stettin und Berlin auf eine Stunde zu verkürzen.

Meine Damen und Herren, diesem Wunsch als konkretem Ausdruck unser regionalen grenzüberschreitenden Entwicklungsmöglichkeiten schließe ich mich nachdrücklich an.

Lassen Sie uns alles tun, um gemeinsam Widerstände zu überwinden und dafür zu sorgen, dass die Menschen in unserer Region eine Zukunft haben, dass sie hier gute Arbeit finden und gut leben können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!